



NEUDRUCK

**Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk**

66. Sitzung (öffentlich)

4. Mai 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

a) Aufnahme und Beratung eines FDP-Entschließungsantrags zu TOP 8

b) Änderungen der Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, den nicht zur Plenarberatung anstehenden Tagesordnungspunkt 5 zu schieben sowie Tagesordnungspunkte 11 und 12 abzusetzen, da die diesbezüglichen Fragen der CDU-Fraktion zwischenzeitlich beantwortet wurden.

Weiterhin kommt der Ausschuss überein, Tagesordnungspunkte 7 und 8 zusammen zu beraten.

1 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW. 8

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318 (Neudruck)

– Zuziehung von Sachverständigen –

(Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)

2 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG) 27

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9805

Ausschussprotokoll 16/1105

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Drucksache 16/9805 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9809

Ausschussprotokoll 16/1105

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tischvorlage (siehe Anlage)

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag (*Tischvorlage, siehe Anlage*) von SPD und GRÜNEN mit Stimmen von SPD

und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP an.

Der Ausschuss nimmt sodann den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/9809 mit Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP an.

**4 Industrie 4.0: Mittelstand sensibilisieren – Fachkräfte sichern – Smart
Factories an berufsbildenden Schulen einrichten** **32**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10070

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/10070 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

**5 Seveso-III mit Augenmaß umsetzen: Umwelt schützen,
Stadtentwicklung ermöglichen, Industrie Bestandsschutz und Ent-
wicklungsmöglichkeiten geben** **35**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10244

Die Beratung des Antrags der CDU-Fraktion Drucksache 16/10244 wurde auf eine spätere Sitzung des Ausschusses verschoben (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**6 Leistungsfähige Infrastruktur als Staatsziel in der Landesverfassung
verankern** **36**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10797

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP Drucksache 16/10797 mit den Stimmen von SPD und

GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltungen von
CDU und PIRATEN ab.

**7 Klima schützen – Wertschöpfung der Stahlindustrie erhalten –
unnötige und unsinnige Reform des Emissionshandeln verhindern 43**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11674

In Verbindung mit:

**8 Stahlstandort NRW sichern – strategische Industrie für die Wirtschaft
von morgen 43**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11707

Der Ausschuss kommt überein, die Themen dieser Tagesordnungspunkte in der Sitzung am 29. Juni 2016 erneut zu diskutieren. Sollten die mitberatenden Ausschüsse schon vor dem 1. Juni 2016 zu einem Votum kommen, werde die nächste Beratung schon in der Sitzung am 1. Juni 2016 vorgenommen.

9 Leistungsfähigkeit der deutschen Game Development Branche 45

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9430 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 16/1179

Der Ausschuss lehnt den Antrag der PIRATEN Drucksache 16/9430 (Neudruck) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP ab.

10 Kleine und mittlere Schlachthöfe in NRW stärken – die Vorteile einer dezentralen Struktur erhalten und fördern! 48

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11230

Der Ausschuss kommt überein, zum Antrag der SPD und der GRÜNEN Drucksache 16/11230 kein Votum abzugeben und diesen zu schieben.

11 Lage und Perspektiven der Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen 50

Vorlage 16/3902

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes wurde von der Tagesordnung abgesetzt (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

12 Umsetzung Teilplan großflächiger Einzelhandel 51

Vorlage 16/3911

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes wurde von der Tagesordnung abgesetzt (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

13 Verschiedenes 52

Eine Aussprache hierzu erfolgt nicht.

Aus der Diskussion

2 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9805

Ausschussprotokoll 16/1105

Vorsitzender Georg Fortmeier teilt das Votum des mitberatenden Umweltausschusses Tag mit, der den Antrag mit den Stimmen der Fraktion von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt habe.

Hendrik Wüst (CDU) fordert im Sinne des CDU-Gesetzentwurfs, den großen Worten in Sachen Klimaschutz nun auch Konsequenzen folgen zu lassen. Die Streichung von Ziel 4-3 im LEP-Entwurf sei in den Medien als großer Sieg des Ministers und seiner Wirtschaftspolitik verkauft worden. Aus § 12 Abs. 6 und 7 Landesplanungsgesetz gehe hervor, dass die Festlegung des Klimaschutzplans über die Regionalpläne umgesetzt werden müsse.

Aus der Anhörung und den schriftlichen Stellungnahmen habe sich eine aus seiner Sicht überwältigende Zustimmung für den CDU-Antrag ablesen lassen – selbst unter Berücksichtigung der Kritik der Naturschutzverbände. Er hoffe, dass die Ausschussmehrheit einer solch überwiegenden unterstützenden Expertenmeinung folgen werde.

Rainer Christian Thiel (SPD) merkt zur Antragsbegründung an, er könne in seiner näheren Umgebung nicht nachvollziehen, wie sich geplante Regelungen bereits jetzt auf „ein hohes Maß auf Rechts-, Planungs- und Investitionsunsicherheit“ für Investitionsentscheidungen von Unternehmen, wie es im CDU-Gesetzentwurf heiße, auswirken sollten. Investitionen in seiner Nähe würden etwa durch die Firma Pierburg in Höhe von 50 Millionen € für ein neues Werk und durch Hydro in Grevenbroich in Höhe von 130 Millionen € zur CO₂-Einsparung, durch Kowestro zur Einsparung von 25 % Erdöl mittels einer Pilotanlage und durch Bayer Dormagen in Höhe von 250 Millionen € für eine neue TDI-Anlage getätigt. Das Rheinwerk von Hydro werde darüber hinaus 45 Millionen € in Aluminiumrecycling investieren und so zusätzlich 40 Arbeitsplätze generieren.

Inhaltlich würden die Bestimmungen des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen umgesetzt. § 3 des Gesetzes benenne die Klimaschutzziele, etwa eine Senkung der CO₂-Emissionen um mindestens 25 % bis 2020. Ministerin Thoben habe zur schwarz-gelben Regierungszeit noch 33 % im gleichen Zeitraum erreichen wollen. Die jetzige

rot-grüne Regierung habe durch die Festschreibung geringerer Ziele riesige Probleme abwenden können und einen Strukturbruch verhindert.

Auch die CDU habe sich für einen Vorrang für erneuerbare Energien ausgesprochen, was sich im jetzigen Klimaschutzgesetz und den entsprechenden Maßnahmen wiederfinde. Ziele und Grundsätze zum Klimaschutz fänden sich nun auch in den von den Regionalräten erarbeiteten Regionalplänen, etwa im neuen Regionalplan Düsseldorf.

Das von Hendrik Wüst dargestellte Horrorszenario erweise sich daher als Zerrbild. Ausweislich der geplanten Regelungen müssten Dinge, die eine Rolle bei der Landes- oder Regionalplanung spielten, vorher ein Abwägungsverfahren durchlaufen. Das stelle mithin das Gegenteil der von der CDU behaupteten Änderung bei Abwägungen von der Fachplanung zur Raumordnung dar. Daher werde die SPD-Fraktion den CDU-Antrag ablehnen.

Dietmar Brockes (FDP) merkt an, Rainer Christian Thiel könne das trotz vieler Worte nicht geraderücken. Die vorgesehenen Neuregelungen im Entwurf der Landesregierung zum Landesplanungsgesetz habe die von der SPD benannte Sachverständige bei der Anhörung als verfassungswidrig dargestellt. Diese Verfassungswidrigkeit Sorge natürlich für eine Rechts- und Planungsunsicherheit. Diese wiederum verhindere Investitionen in Nordrhein-Westfalen, weil sie als zu riskant eingeschätzt würden. Eine Rechtsunsicherheit für Unternehmen wolle seine Fraktion vermeiden und daher dem CDU-Antrag zustimmen.

Hendrik Wüst (CDU) legt dar, dass trotz der genannten Beispiele nur noch Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein eine geringere Investitionsquote als Nordrhein-Westfalen im verarbeitenden Gewerbe aufwiesen. Er empfehle Gespräche unter anderem mit Gewerkschaftern über den internationalen Standortwettbewerb für energieintensive Grundstoffindustrien. Einschlägige und geplante Regelungen würden in die Konzernzentralen gemeldet. METALL NRW müsse verkünden, dass ein Großteil der Investitionen der Mitgliedsunternehmen ins Ausland flössen. Die SPD könne nicht einfach über die Bewertungen der Sachverständigen hinweggehen. Falls doch, wünsche er dabei „gute Reise“.

Die bisherigen Wortbeiträge zeigten die Motivlage der bisherigen Debatte, so **Reiner Priggen (GRÜNE)**. Das sei „dieselbe Platte“ wie in den weiteren Tagesordnungspunkten, und eine „entsprechend angelegte Melodie, um das Land schlechtzureden“. Er sehe einen unterschiedlichen Umgang mit dem Thema bei der CDU auf Bundes- und Landesebene. Das „Hochziehen eines Konfliktes zwischen Ökologie und Ökonomie“ sei schädlich für das Land; das solle die CDU einsehen, anstatt die Chancen des Prozess durch ein gemeinsames Vorgehen zu nutzen.

Der CDU-Antrag fokussiere sich lediglich auf einen kleinen Ausschnitt. Jedoch gebe es einen Gesetzentwurf der Landesregierung und einen Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen zur Präzisierung, über die unter TOP 3 gesprochen werde.

Dieses Vorgehen zur Novellierung und Weiterentwicklung des Landesplanungsgesetzes halte er für vernünftig.

Rainer Christian Thiel (SPD) betont, er stehe mit Gewerkschaften und Betrieben in ständigem Kontakt und führe diesbezügliche Gespräche. In einem Gespräch mit der IHK Niederrhein seien die Neuerungen im Landesplanungsgesetz bzw. im LEP durchaus anerkannt worden. Viele Forderungen der Wirtschaft seien im LEP erfüllt worden. Eine Kritik der CDU, dass nicht mehr erfüllt worden sei, halte er daher für nicht verwunderlich. Auch die Industrie müsse bereit sein, nicht nur Forderungen zu stellen, sondern sich der Abwägung unterschiedlichster Interessen im Rahmen der Raumnutzung zu stellen, anderenfalls verliere sie Akzeptanz in der Bevölkerung, die mühsam wiederaufgebaut werden müsse. Dazu gehöre etwa auch eine Verpflichtung mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele.

Die Industrie sei längst weiter als das, was die CDU „in ihrer Propaganda zu verkaufen versuche“. Die „Ignoranz gegenüber Realitäten und ihr Suhlen in scheinbar negativen Schlagzeilen“ bei der CDU könne er nicht nachvollziehen. Er fordere zum Nachdenken auf, was mit den monoindustrial geprägten Ländern im Norden und Süden Deutschlands geschehe, wenn diese Industrien in Schieflagen gerieten. Er halte die CDU-Zahlen für „Statistikschrott, mit dem sie versuche, Politik zu machen, und der mit der Realität nichts zu tun habe“.

Zum folgenden Tagesordnungspunkt 3 merke er bereits jetzt an, dass das Land bald zu einem modernen Landesentwicklungsplan ein zukunftsorientiertes Landesplanungsgesetz habe, das ihm entspreche und die handelnden Ebenen in den Stand setze, die modernen Ziele des Industrielandes Nordrhein-Westfalen landesplanerisch umzusetzen. Er stelle die Zustimmung seiner Fraktion für den unter TOP 3 zu besprechenden Gesetzentwurf in Aussicht.

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Drucksache 16/9805 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

